

Im Ergebnis der Gesprächsführung erlangten die BRD-Diplomaten vielfältige Informationen zu den Lebensumständen der betreffenden DDR-Bürger, die Aufschluß über die innere Lage in der DDR gaben, so u. a. auch zu

- Mängeln und Mißständen in den Bereichen Handel, Versorgung und Dienstleistungen,
- den 1988 verstärkt erfolgten Formierungen von Übersiedlungsersuchenden in größeren Gruppen und der Organisierung öffentlicher Auftritte bzw. von Eingabeaktionen,
- staatlichen Reaktionen darauf, darunter auch Angaben über operative Aktivitäten des MfS, angeblich erlittene Schikanen und Benachteiligungen, einschließlich daraus resultierender sozialer Probleme; in Einzelfällen auch Angaben über Verwandte in der DDR, die kein Verlassen der DDR anstreben, sofern sie in der DDR wichtige Funktionen bekleideten.<sup>+</sup>

Im weiteren Gesprächsverlauf sicherten die BRD-Diplomaten die Weiterleitung ihres Anliegens an das "BMB" bzw. die Rechtsanwältin [REDACTED] zu "zwecks Ansprache ihres Falles bei Gesprächen mit der DDR".

Bei Forderungen auf die Gewährung längerfristeten Aufenthaltes mit erpresserischer Zielstellung wurden die DDR-Bürger im unterschiedlichen Umfang, z.T. durch mehrere Mitarbeiter, zunächst zur Aufgabe ihres Vorhabens bzw. zum Verlassen der Ständigen Vertretung aufgefordert. Es erfolgte jedoch in keinem einzigen Fall der Versuch, sie aus der BRD-Vertretung zu entfernen. Vielmehr bekamen sie bei entsprechender Hartnäckigkeit in der Ständigen Vertretung Aufenthalt und Übernachtung gewährt sowie weitere Unterstützung zugesagt.

---

<sup>+</sup> Operativen Erkenntnissen zufolge wurde 1988 ein leitender Mitarbeiter der Ständigen Vertretung durch das "BMB" angewiesen, "Hintergrundinformationen" zu Festnahmen von Übersiedlungsersuchenden in der DDR zu beschaffen, sowohl möglichst konkrete Zahlenangaben als auch Stimmungsberichte aus der Bevölkerung dazu.